



Materialien zur sozialistischen
Theorie und Praxis. -SOAK-

Michael Vester

**Solidarisierung
als historische
Möglichkeit**

Sozialistische Aktion · SOAK

Die S O A K Druck- und Verlagskooperative ist ein sozialistisches Arbeitskollektiv. Alle Arbeiten, die mit der Herausgabe der Texte entstehen, Kalkulation, Druck, Vertrieb usw. machen wir gemeinsam. Das SOAK-Kollektiv hat sich aus der Jungsozialistenbewegung im Bezirk Hannover herausgebildet.

Der Prozeß der Strategiefindung innerhalb der JUSO-AG hatte im Bezirk Hannover schon relativ früh zu einer intensiven theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit dem traditionellen Reformismus der Sozialdemokratie geführt. In dieser Auseinandersetzung mit den strukturellen Fehlentwicklungen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wurde den hannoverschen Jungsozialisten bewußt, in welchem Ausmaße die meisten Jungsozialisten unter der unverbindlichen Formel von der "Doppelstrategie" noch immer die traditionellen Illusionen und praktischen Fehler des alten Reformismus fortsetzen. Diese Kritik an der reformistischen Interpretation der "Doppelstrategie" wird von immer mehr Genossen auch aus anderen Bezirken geteilt. Dieser Teil der Jungsozialisten bemüht sich gegenwärtig um die Entwicklung einer nicht-reformistischen Konzeption der Doppelstrategie auf der Grundlage der Marxschen Kapitalanalyse und ihrer Fortentwicklung zu einer gegenwartsbezogenen Staats- und Krisentheorie.

Das S O A K - Kollektiv versucht diese theoretische und praktische Arbeit innerhalb der JUSO-AG nachhaltig zu unterstützen durch die

- Herausgabe einer theoretischen Vierteljahresschrift, die S O A K - Sozialistische Aktion (Zeitschrift für Theorie und Praxis der Jungsozialisten);
- Herausgabe eines monatlich erscheinenden Informationsorgans "Jungsozialisten", das über wichtige politische Geschehnisse und Entwicklungen in der JUSO-AG auf Bundesebene wie aus den Bezirken berichtet;
- Herausgabe von leichtverständlichen Schulungstexten und Materialien zur Strategiediskussion;
- Veranstaltung von Seminaren und Arbeitstagen zur Theorievermittlung und Strategiediskussion; sowie
- Unterstützung von Basisaktivitäten und sozialistischen Initiativen in verschiedenen Bereichen.

Obwohl das SOAK-Kollektiv erst seit etwa einem Jahr besteht, haben unsere Aktivitäten und publizistischen Aufgaben bereits einen solchen Umfang angenommen, daß ein stärkerer finanzieller und organisatorischer Rückhalt für die Arbeit des Kollektivs erforderlich geworden ist. Wir beabsichtigen deshalb, zusammen mit Genossen aus mehreren Bezirken der Jungsozialisten, einen Fördererverein für die S O A K - zu gründen, der es uns finanziell ermöglichen soll, hauptberufliche Kräfte für den Druck und Vertrieb der SOAK-Schriften und anderer sozialistischer Literatur einzustellen. Darüber hinaus soll der Fördererverein Seminare und Arbeitstagen für die Mitglieder und interessierte Genossen durchführen und finanziell ermöglichen.

Wir bitten alle, die sich über ein Abonnement unserer Zeitschriften hinaus für die Arbeit des SOAK-Kollektivs engagieren möchten, mit uns Kontakt aufzunehmen.

Materialien zur sozialistischen
Theorie und Praxis. -SOAK-

Michael Vester
Solidarisierung als historische Möglichkeit

Zukunftsperspektiven systemverändernder Praxis
im neueren Kapitalismus

Die neuere Unruhe unter den Arbeitern und der lernenden Jugend, die auf die Periode relativer Apathie gefolgt ist, hat eine geistreiche Diskussion über die Frage ausgelöst: Ist die gegenwärtige Situation im Kapitalismus revolutionär oder nicht? Die Frage scheint falsch gestellt. Sie unterstellt, daß "revolutionär" ein Zustand oder eine dingliche Eigenschaft sei. Sie konstruiert zuerst einen Idealtypus des Revolutionären. Den legt sie dann von außen als Maßstab an das betrachtete Objekt. Die Frage ist dann mit Ja oder Nein zu beantworten. So verfährt z. B. Jürgen Habermas. Er nimmt den Idealtypus vom manifesten Klassenkampf und von der unlösbaren Wirtschaftskrise aus dem 19. Jahrhundert: er vergleicht ihn mit seinem Bild vom heutigen Kapitalismus und folgert, daß diese beiden Bedingungen einer Revolution, "wie ich glaube, im staatlich geregelten Kapitalismus nicht mehr erfüllt sind". ("Bedingungen für eine Revolutionierung spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: Praxis, Heft 1/2 1969, S. 212). Ähnlich verfahren manche kleinbürgerliche Agitatoren. Sie halten den Arbeitern ihr Bild revolutionären Verhaltens vor: wenn die Arbeiter diesem Bild nicht folgen, dann wird dies als Ausdruck konterrevolutionären Bewußtseins gedeutet.

In beiden Fällen führt die negative Antwort nicht zur Überprüfung der eigenen Idealtypen. Der Professor fragt nicht, ob Klassenkampf und Krise im 20. Jahrhundert eine spezifisch andere Form haben könnten als im 19. Jahrhundert. Der Agitator fragt nicht, ob die reformistische Selbsttätigkeit (etwa in spontanen Streiks) ein notwendiger Schritt eines im Ergebnis revolutionären Lernprozesses sein könnte. Und er fragt auch nicht, ob ihm die Arbeiter vielleicht deswegen mißtrauen, weil sie in seinem Verhalten einen Führungsanspruch spüren. Das die Erkenntnis leitende Interesse des Professors wie des Agitators ist hier offenbar weniger auf das proklamierte Thema als auf die eifersüchtige Bewahrung des eigenen Sozialstatus gerichtet. Der Professor will Marx und seine eigenen Kritiker widerlegen. Der Agitator will sich dadurch bestätigen, daß niemand so "revolutionär" ist wie er selbst.

Aus diesem narzißtischen Führungsanspruch folgt hier eine rein in-

Herausgeber: SOAK-Kollektiv

Druck und SOAK Druck-und Verlagskooperative GmbH

Verlag: 305 Wunstorf - Juni 1973 -

Vertrieb: SOAK Druck-und Verlagskooperative GmbH,
305 Wunstorf, Postfach 231

terpretierende, von außen endgültig aburteilende und in die inneren Widersprüche des Objekts nicht eindringende Haltung. (Denn nur endgültig Abgeurteiltes ist als Statuswissen verfügbar.) Von dieser Position aus können widersprüchliche Verhältnisse, die durch eingreifendes Handeln und Denken in je verschiedener Richtung beeinflusst werden können, nicht begriffen werden. Historische Dynamik kann, scheint mir, überhaupt nur in einem kommunikativen Prozeß, der Erkennende und Erkanntes erfaßt und verändert, wahrgenommen werden. Wer aber vom Katheder der Interpretation ins Gewühl der Veränderung herabgestiegen ist, kann nicht mehr Richtiges und Falsches, sondern nur Mögliches und Ungewisses unterscheiden. Die Überwindung des statisch-interpretativen Ansatzes kann also auch nicht in der Verkündung optimistischer Gewißheiten liegen: nicht darin, daß alles, was sich noch oder wieder bewegt, für revolutionär erklärt wird.

Voraussagen über historische Möglichkeiten hatten bisher ihren Schwerpunkt in der Analyse sogenannter "objektiver Prozesse". Das Handeln der Menschen läßt sich aber nicht allein aus den Wirkungen des Systems, vor allem der ökonomischen Institutionen, erklären. Ob diese Wirkungen als degradierend und als Anlaß von Gegenhandeln empfunden werden, war um 1850 kein Problem. In den arbeitenden Klassen waren individuelle Autonomie und soziale Solidarität noch die Maßstäbe des Lebens, wie es sein sollte. Seitdem haben diese kulturellen Wertmuster viel von ihrer Evidenz verloren. Wenn sie aber, als Voraussetzung revolutionären Handelns, wiederhergestellt werden müssen, dann müssen sie zum Gegenstand direkter Analyse und direkter Praxis werden. Für die Untersuchung eines sich entwickelnden Klassenverhältnisses halte ich einen soziologischen Ansatz für sinnvoll, der die Sinnkriterien sozio-kultureller Wertmuster festhält. Diese sind die Maßstäbe, nach denen die Menschen gesellschaftliche Daten deuten und auslegen und einen Konsensus über die Koordination ihrer Handlungen und die Regelung von Konflikten finden. Mein Interesse richtet sich damit besonders auf die vorpolitischen Verhaltensweisen. Wieweit sind darin Wertvorstellungen von Autonomie, Solidarität, Lebensgenuß usw. enthalten? Wie sind diese Vorstellungen zu beleben? Wie sind sie aus dem Bereich privater Moral, in den sie zurückgedrängt wurden, in den Bereich der politischen Moral auszudehnen? Der Sinn einer Revolution ist wohl nichts anderes als die Sicherung der allgemeinen institutionellen Voraussetzungen einer solchen neuen Kultur menschlichen Verhaltens. Aber diese Kultur muß im Schoße der antisolidarischen Gesellschaft in einem langen Prozeß vorentwickelt werden.

Edward Thompson schrieb 1960 in dem Sammelband "out of apathy", dem Gründungsdokument der Neuen Linken: "Auf eine gewisse Weise leben wir heute ständig am Rande einer revolutionären Situation.

Es liegt darin, daß wir die traditionellen Konventionen zwischen uns und jener Situation nicht zu durchbrechen wagen, wenn heute die politische Verfallserscheinung der Apathie noch vorherrschend ist." Das impliziert die These, daß in den Industrieländern die sogenannte "objektive Reife" für die Befreiung von Mangel und Angst schon erreicht sei, daß die ungelösten Probleme immer mehr bei den Motivationen zu Engagement und Partizipation, bei der sozialen Fantasie, in der Veränderung der individuellen Psyche und der sozialen Kommunikation lägen. Thompson, Williams und ihre Genossen signalisierten, an die kulturevolutionäre Motivation der ersten Arbeiterbewegung anknüpfend, eine der europäischen Situation angemessene Revolution der Kultur: die Ablösung der gewohnten Sitten und Gebräuche der Konkurrenz und des Gehorsams durch solche der Solidarität und Autonomie. Die Durchbrechung der kapitalistischen "Konventionen", der Antifantasie, ist damit als der Inhalt des Übergangsprogramms, welches von der gegenwärtigen zur künftigen Gesellschaft führen soll, postuliert.

Eine solche überzeugende Theorie des Übergangs fehlt heute. Utopie und Realität werden unvermittelt einander gegenübergestellt. Mit der Theorie des Übergangs fehlt zugleich die Fähigkeit der Individuen, die Wirksamkeit antikapitalistischer Praxis rational vor auszukalkulieren und die Bedeutung von Einzelhandlungen für den gesamten historischen Prozeß zu begreifen. Die Vorstellung einer Zeitperspektive ist eine wichtige Voraussetzung für eine kontinuierliche, durch einzelne Frustrationserlebnisse nicht zu irritierende Kampfformal. Dazu gehört freilich auch die Einsicht, daß ein fixer Plan über Stationen und Ziel dieses Wegs nicht ausgearbeitet werden kann, über die Köpfe der sich emanzipierenden Klasse hinweg auch nicht festgelegt werden darf. Gleichwohl ist es möglich und sinnvoll, sich die in einer bestimmten historischen Periode wahrscheinlichen Bedingungen, Aussichten, Situationen usw. der Klassenkämpfe sowie die verschiedenen denkbaren Varianten solcher Entwicklung deutlicher als bisher vor Augen zu führen. So würde es möglich, daß antikapitalistische Praxis nicht mehr reaktiv, sondern initiativ, nicht mehr halbblind, sondern bewußt, nicht mehr auf isolierte Aspekte der Repression fixiert, sondern umfassend in den Prozeß des Geschichtemachens eingreift.

Die folgenden Überlegungen sind nur als ein vorläufiger, in der Diskussion noch zu korrigierender und zu ergänzender Beitrag zu verstehen.

I. Politische und soziale Revolution

Aus dem 19. Jahrhundert sind zwei Modelle der politischen Revolution überliefert: ein gradualistisches und ein katastrophisches. Bei-

de hatten einmal eine revolutionäre Bedeutung. Heute bezeichnen sie Veränderungen, die von bürokratischen Organisationszentren und nicht von der direkten Aktion der Volksmassen ausgehen. (Das es mir nicht um ideengeschichtliche Nachforschungen geht, nehme ich hier ausdrücklich die verbreiteten Vulgärauffassungen von "Reform" und "Revolution" zum Ausgangspunkt der Kritik.)

1. Das gradualistische Übergangsprogramm will durch eine mehr oder minder kontinuierliche Abfolge kleinerer Reformschritte die herrschenden Institutionen verändern, "demokratisieren". An dieser Auffassung des gleichsam unmerklichen Hinüberwachsens in den Sozialismus ist unter anderem folgendes problematisch.

Das Subjekt dieser Reformen, der Gesetzgeber, kann von der Bevölkerung (Wählern, Parteimitgliedern) nur sehr mittelbar kontrolliert werden, während Staatsbürokratie und privilegierte gesellschaftliche Gruppen (vor allem kapitalistische) seine Entscheidungen relativ direkt beeinflussen können.

Der Inhalt dieser Reformen ist entsprechend nur selten eine demokratisierende Machtumverteilung. Diese Reformen bessern zwar häufig verschiedene Standards der unterprivilegierten Gruppen, vermehren aber selten ihre aktive Partizipation, weil ihre Institutionen bürokratisch-hierarchisch organisiert sind (vgl. Mitbestimmung).

Die Zeitperspektive dieser Reformen ist illusorisch. Die Entscheidungen des Gesetzgebers reflektieren, innerhalb gewisser Spielräume, Machtverschiebungen in vorpolitischen gesellschaftlichen Bereichen. Wenn die arbeitenden Massen sich relativ passiv-apatistisch verhalten, bringen die kapitalistischen Marktgesetze im Bereich von Produktion, Distribution, Verwaltung, Kommunikation, Kultur usw. die geplante Reformserie ins Stocken und machen sie schließlich rückläufig.

2. Das katastrophische Übergangsprogramm will in einer mehr oder minder kurzen und plötzlichen Entscheidungsschlacht die herrschenden Institutionen völlig zerstören, um dann ein meist nicht näher definiertes System qualitativ völlig neuartiger Institutionen aufzubauen. Daran ist folgendes problematisch.

Das Subjekt solchen Umsturzes ist in der Regel nur ein neuer Gesetzgeber, der sich gegenüber den Massen verselbständigt, auch wenn diese ihm teilweise mit zur Macht verholfen haben.

Der Inhalt des Reformprogramms ist entsprechend nicht eine völlig neue Entscheidungsstruktur, auch wenn gewisse Unterprivilegierungen aufgehoben werden.

Die Zeitperspektive der plötzlichen Erneuerung ist illusorisch, insofern sie dem Akt des Umsturzes zuviel schöpferische Kraft beimißt. Die kurze Phase einer politischen Revolution kann zwar den

Institutionen neue Rechtsverfassungen geben. Die Veränderung der sozialen, ökonomischen und kulturellen Realverfassung setzt langwierige Verhaltensänderungen der Menschen voraus. Wenn diese vor Beginn der politischen Revolution nicht genügend vorangeschritten sind, können die unausbleiblichen Widersprüche zwischen Bevölkerung und Partei, oft verbunden mit Interventionen aus dem Ausland, zum politischen Sturz oder zur bürokratischen Diktatur der Partei führen.

Die gradualistische wie die katastrophische Auffassung sind etatistisch. Ihre Organisationsform ist die hierarchisch organisierte politische Partei. Diese wird zunächst nur als Mittel zur (friedlichen oder gewaltsamen) Eroberung der Staatsgewalt konzipiert. Sie soll die alte Klasse aus ihren Machtpositionen vertreiben, diese Machtpositionen selbst besetzen und (hier beginnt der Widerspruch) mit Hilfe der Staatsgewalt die Staatsgewalt abschaffen. Stattdessen machte die bürokratische Herrschaft der genossenschaftlichen Selbstverwaltung nicht aus freien Stücken Platz. Nur die Gegenmacht einer genossenschaftlichen Bewegung, die schon vor der politischen Machtübernahme sich konsolidiert hätte, könnte dies durchsetzen. Ansätze zu einer solchen nicht-etatistischen Revolutionsauffassung finden sich heute in der Dritten Welt. Sie fußen aber auf einer agrarischen Struktur und vorkapitalistischen Kulturmustern, die in den überentwickelten Ländern nicht gegeben sind. Für Industrieländer ist eher die revolutionär-syndikalistische Bewegung vor allem Spaniens von Interesse.

Die spanische Revolution wurde, als Alternativmodell zur russischen, gründlich aus dem Bewußtsein verdrängt. Die spanische Gewerkschaftsbewegung, insbesondere die CNT, begriff sich nicht bloß als Mittel der Machteroberung, sondern zugleich als Organ der künftigen Gesellschaft. Die Utopie eines freiheitlichen Kommunismus war stets präsent in den Organisationsprinzipien der Föderation autonomer lokaler Vereine, die in direkten Aktionen und umfassender Bildungsarbeit sich auf das genossenschaftliche Gemeinwesen vorbereiteten, als sei es morgen schon möglich. Die jahrzehntelange, gewaltsamen Verfolgungen trotzend vorbereitete realisierte sich, als der Putsch Francos die Instrumente der Staatsmacht, Polizei und Heer, zerstörte und die reale Gewalt den Organen des Volkes zufiel. Die syndikalistischen Organe begannen sofort zu funktionieren: gegen den Willen der eigenen Führung übernahmen sie in weiten Regionen die Betriebe, föderierten diese in nationalem Maßstab und steigerten, auch hierin sich von der Sowjetunion unterscheidend, sofort die Erträge. Aus dogmatischen Gründen jedoch lehnten die Syndikalisten Kontrolle von Staatsmacht ab, so daß die republikanisch-bürgerliche Regierung, hierin maßgeblich bestimmt von den etatistischen Kommunisten und abhängig von der Sowjetunion, die syndikalistische Macht abbauen konnte. Die syndikalistischen Fronten wurden unge-

nügend bewaffnet, und damit war die anfangs wohl mögliche Wendung des Krieges vereitelt. Syndikalistische Versuche der Partizipation an politischen Institutionen kamen zu spät.

Dieser Ausgang der spanischen Revolution widerlegt nicht, daß die neuen Organisationsformen im Schoße der alten Gesellschaft über lange Jahre vorentwickelt werden müssen, wenn sie sich nach einer politischen Umwälzung möglichst rasch zu ihrer vollen Blüte entfalten sollen. Er bestätigt nur, daß gerade die Nichtteilnahme am traditionell organisierten politischen Machtkampf die Verselbständigung der linken Parteien begünstigen kann. Vertreter einer anti-autoritären Politik können sich im Prinzip den Integrationszwängen der traditionellen politischen Apparate soweit entziehen wie sie sich auf eine unabhängig und genossenschaftlich organisierte Gegengewalt stützen können.

3. Eine angemessene Übergangsperspektive kann nicht aus der Retorte gewonnen werden. Das Prinzip, daß die Formen der neuen Gesellschaft schon vor der politischen Änderung der ganzen Gesellschaft in der Praxis an der gesellschaftlichen Basis entwickelt werden müssen, sagt über die konkreten Notwendigkeiten wenig aus. Diese zeigen sich erst in der Praxis.

Das Subjekt revolutionärer Veränderungen kann nicht eine bürokratische Oligarchie sein. Vielmehr ist es notwendig, daß die fremdbestimmten Menschen sich an der Basis ihres tagtäglichen Existenzkampfes, auch außerhalb des Arbeitsprozesses, zu parapolitischer Selbsttätigkeit organisieren. Prinzipiell ist dies nur in Gruppen von Gleichberechtigten und in egalitären Föderationen solcher Gruppen vorstellbar, als Vorwegnahme einer kooperativen Gesellschaftsstruktur. (Das faktische Organisationsmonopol des traditionellen Parteien- und Gewerkschaftssystems kompliziert diese Aufgabe. Konkurrenzorganisationen müßten sich ihren Strukturen anpassen. Eine demokratische Basispraxis dagegen würde diese Strukturen problematisieren und möglicherweise Veränderungen auslösen.)

Der Inhalt solcher Praxis müßte primär die Veränderung von Macht- und Entscheidungsstrukturen durch direkte Aktionen sein, d. h. durch das Handeln der Betroffenen selbst und nicht bloß ihrer Vertreter. Entscheidend ist hier die Aneignung autonomer Kontrollfähigkeiten durch die emanzipatorische Klasse in Lernprozessen, die durch praktische Konflikte vermittelt sind. In diesen Prozessen muß nicht nur die Struktur zwischen den Menschen, sondern auch ihre innere psychische Struktur, die ihr Verhalten bestimmt, von ihnen selbst verändert werden. Gemischte Herrschaftsorgane, in denen die emanzipatorische Klasse majorisiert oder gelähmt werden kann, können nicht als Stufe solcher Transformationsprozesse bewertet werden. (Gleichwohl sind die Organe der Monopolverbände

nicht unzweideutig emanzipationsfeindlich. Mitbestimmung wirkt zwar beschwichtigend, mindert aber auch die Existenzangst als Bedingung von Apathie. Eine lebendige Belegschaftspraxis ermöglichte Betriebsräte, die die Zumutungen der Unternehmer und des Betriebsverfassungsgesetzes ungestraft ignorieren können und die die Entwicklung von Mitbestimmung am Arbeitsplatz oder spontaner Streiks aktiv fördern.)

Die Zeitperspektive müßte sowohl graduelle wie plötzliche Veränderungen umfassen, isolierte Tageskleinkämpfe wie grössere epidemische Empörungen. (Diese Problematik ist Gegenstand der folgenden Abschnitte.)

II. Neue Krisenformen

Die Vorbereitung auf große Veränderungen benötigt Voraussagen darüber, wann und wie ein herrschendes System so hilflos ist, daß eingreifendes Handeln und Denken Erfolgchancen hat. Denn die soziale Bewegung konnte ihre Beherrscher bisher nie aus eigener Kraft - sozusagen in offener Feldschlacht - auf die Knie zwingen. Sie bedurfte dazu eines mächtigen Verbündeten: des herrschenden Systems selbst, welches Probleme erzeugte, die es nicht lösen konnte und die ihm über den Kopf wuchsen. Wann ein System stabil und wann es instabil ist, ob seine Krisen allgemein oder partikular, drängend oder schleichend, manifest oder latent sind, läßt sich nicht naturwissenschaftlich genau vorausberechnen. Für eine flexible Anpassung der sozialen Bewegung an ihre wechselnden Chancen ist dies aber auch nicht notwendig. Es genügt, die für eine historische Periode charakteristisch möglichen Kampfsituationen in Erfahrung zu bringen.

Das wichtigste Hilfsmittel für solche Voraussagen war bisher die auf der Marxschen Arbeitswertlehre fußende Krisentheorie. In ihrer verengten und verdinglichten Fassung hat sie im 20. Jahrhundert für die Rivalitätskämpfe linker Theoretiker eine weit grössere Bedeutung als für die Praxis von Klassenkämpfen. Das Festhalten an "objektiven" Entwicklungsgesetzen der "Ökonomie" vergißt, daß "Ökonomie" das Verhalten der herrschenden Klasse, das sich durch Lernprozesse in Grenzen auch verändern kann, bezeichnet: eine dynamische Kampfbeziehung und nicht ein von menschlichem Handeln lösbares Naturding. Aus dieser Einengung folgte die Vernachlässigung kultureller und politischer Prozesse. Die Massenstreik- und Rätebewegungen oder die Ansätze zu ihnen sind nicht nur in den mittelfristig wiederkehrenden Krisen der ökonomischen Konjunktur entstanden, sondern auch dann, wenn Herrschaftssysteme sich durch Kriege (die freilich durch ökonomische Herrschaftsverhältnisse vermittelt waren) zerrüttet hatten. Und es kommt - wie 1968 in Frankreich - auch zu epidemischen Empörungsbewe-

gungen dann, wenn das ökonomische System formal stabil ist. (Daß die formale Stabilität selbst Ideologie ist, entgeht "modernen" Kritikern wie Habermas, der - entgegen seinem theoretischen Ansatz - die Arbeitswerttheorie für unanwendbar erklärt, weil er ihren Sinn einengt.)

1. Die Verschiebung der Krisenorte

Die aus den Erfahrungen bis hin zur Weltwirtschaftskrise gewonnene Integrationsformel des Kapitalismus bestand darin, durch staatliche Intervention die Krisenphänomene des 19. Jahrhunderts, katastrophische Wirtschaftszusammenbrüche und Bewegungen der Industriearbeiter, in kontrollierbare Größen zu verwandeln. Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 führte zur unabwiesbaren Einsicht, daß sich die kapitalistischen Märkte, wegen ihrer starren oligopolistischen Struktur, nicht aus eigenen Kräften auf dem Niveau der Vollbeschäftigung der Produktivkräfte stabilisieren können. Seitdem haben politische und psychologische Stabilisierungsmethoden immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die Unternehmertätigkeit wird durch staatliche Vergünstigungen immer wieder angekurbelt. Diese Steuererlöse gehen an Sektoren, die für Unternehmer am profitlichsten sind: eher in Rüstung als in Sozialleistungen. Zugleich entstand das, was C. Wright Mills die politische Organisation der Klassenstruktur nannte. Insbesondere die Kleineigentümer wurden durch ökonomische Subventionen und ideologische Manipulation an die Interessen der Großen gekettet. Damit wurde, nicht nur in den USA, z. B. das Ende militant antikapitalistischer bäuerlicher Genossenschaftsorganisationen besiegelt. Die übrigen Klassengegensätze wurden verkittet durch die Bindung der Gewerkschaften an die Spielregeln eines institutionalisierten Klassenkampfes, durch die kleinen Sozialgeschenke und die große ideologische Manipulation - von der autoritären Kindererziehung über die Aufstiegs konkurrenz bis zur Konstruktion eines inneren und äusseren Feindes (Juden, Kommunisten, Anarchisten usw.). Die große Formel des Antikommunismus, die die politische, ökonomische und psychische Integration auf einen Nenner brachte, ist allerdings seit dem Ende der Fünfziger Jahre brüchig geworden.

Aus Gründen, die die kritischen Ökonomen darlegen können, ist das System des politisch und psychologisch organisierten Kapitalismus in eine möglicherweise jahrzehntelange kritische Phase eingetreten. Freilich haben sich die Orte dieser säkularen Krise verschoben: auf die schwächsten Glieder in der Kette, welche die Potenzen der Emanzipation gefesselt hält. Die staatliche Politik der formalen Vollbeschäftigung und des institutionalisierten Klassenkampfes zielte darauf, die Industriebetriebe als primären Unruheherd zu neutralisieren. Das ist mißlungen. Gleichwohl waren eine gewisse Drosse-

lung des industriellen Konfliktes und ein "Export" des Konfliktstoffes in andere Bereiche die Folge, analog zum imperialistischen Export innerer Konflikte in Entwicklungsländer. Bloß formal ist diese Vollbeschäftigung, da ein großer Teil der Produktivkräfte vergeudet wird in Form von Verschleiß- und Prestigeprodukten, von Überkapazitäten und unentwickelt gehaltenen Wirtschaftszweigen. Die Kosten dieser Neutralisierung spüren die Konsumenten an den Preissteigerungen und Qualitätsminderungen und am Stillstand der sozialstaatlichen Leistungen für körperlich und psychisch Leidende, für Verkehr und kommunale Infrastruktur, für die Rentner und die lernende Jugend. Für bürgerliche Ökonomen ist die moderne Form der systemgefährdenden Krise gekennzeichnet durch die Phänomene der schleichenden Inflation und des Widerspruchs zwischen privatem Wohlstand und sozialstaatlichem Notstand - private opulence und public squalor.

Damit ist aber nur jene Verschiebung oder Auffächerung der Krise dargestellt, die über den politisch organisierten Wirtschaftskreislauf vermittelt ist. Unzufriedenheit entzündet sich nicht nur an materiellen, in Geld eindimensional meßbaren Standards, sondern weit intensiver an der zugemuteten Qualität des Lebens. Und hier auch nicht nur an der schäbigen Beschaffenheit der von Staat und Unternehmern zum Gebrauch gebotenen Dinge und Leistungen, sondern auch an der Schäbigkeit der menschlichen Beziehungen selbst. Welche Behandlung die Menschen als demütigend, ungerecht, unfair oder unwürdig empfinden, hängt von ihren sozio-kulturellen Wertvorstellungen ab. Diese sind zwar, einschließlich der von der Familie geprägten Charakterstrukturen, auch "ökonomisch" vermittelt. Aber sie sind nicht einfach Abbild der ökonomischen Disziplinierung, sondern oft auch ein Gegenbild zu ihr. So kann beispielsweise der rebellische Charakter des frühen Proletariats nicht allein aus der physischen Unerträglichkeit materiellen Elends erklärt werden. Die industrielle Revolution war psychisch unerträglich, weil sie überkommene Wertvorstellungen von individueller Autonomie und gegenseitiger Solidarität in allen Lebensbereichen negierte. In späteren Arbeitergenerationen verblaßte diese Erinnerung unter den vielfältigen Zwängen, die ihnen Leistungskonkurrenz und Triebaufschub, Aufsichtshierarchien und Abhängigkeit als unabwendbare Notwendigkeiten erscheinen ließen. Die Notwendigkeit der Verhaltensweisen der Mangelgesellschaft ist angesichts des ungeheuren gesellschaftlichen Reichtums immer schwerer einzusehen. Hier liegt die Chance einer Remobilisierung antikapitalistischer kultureller Wertvorstellungen auf höherer historischer Stufe. Der kapitalistischen Überproduktion von Waren entspricht eine Überproduktion von Bedürfnissen. Wer Waren verkaufen will, kann nicht Askese predigen. Über die repressive Form dieser Waren und Bedürfnisse ist viel gesagt worden. Aber das Überflußphänomen enthält, wie die neue soziale Bewegung zeigt, auch Wider-

sprüche, an denen verändernde Praxis ansetzen kann. Auch viele "schlechte" Bedürfnisse, wie die des individuellen Aufstiegs, kann das System nicht befriedigen.

Drei Erscheinungen werden bedeutsam: die Verteilungssphäre als neues Kampffeld, die Avantgarderolle der lernenden Jugend und die allgemeine Dysfunktionalität von Hierarchien. Während im Arbeitsprozeß die Regeln des Gehorsams und die institutionalisierte Form des Arbeitskonflikts durch die Angst um den Arbeitsplatz noch nachhaltig sanktioniert sind, ist der von Strafdrohungen freie Aktionsspielraum im Konsumsektor bedeutend größer. Die populistischen Aktionen der neuen Jugendbewegung haben hier eine unerwartet große, wenn auch mehrdeutige Resonanz gefunden. Diese Jugendbewegung dokumentiert ihrerseits mehr als den üblichen Generationenkonflikt: historisch weiterführende kulturelle Wertmuster. Während die vorhergehende Generation die Verzichtsgewohnheiten der Mangelgesellschaft tief verinnerlicht hat, werden der jüngeren der Reichtum der Gesellschaft und die Erfüllbarkeit ihrer Wünsche eher bewußt. Der asketische Leistungszwang wird in dem Maße sinnlos, in dem Bedürfnisbefriedigung nicht erst nach jahrelangem enthaltsamen Streben, sondern auch schon hier und jetzt erreichbar wird. Zugleich scheint ihr Verhalten in Autoritätskonflikten, möglicherweise auch als Folge veränderter Familienstrukturen, weniger von Angst geprägt zu sein.

Die Legitimationskrise hierarchischer Entscheidungsstrukturen ist, wie Hillmann und Frielinghaus sie analysiert haben, nicht auf die Arbeitsprozesse in den formellen Leistungsinstitutionen mit ihren Bürokratien beschränkt, sondern erfaßt als allgemeines, an Führungs-, Abhängigkeits- und Rivalitätsbeziehungen sich entfaltendes Spannungsverhältnis auch alle übrigen Gruppenprozesse. Hier, in den "kleinen" Kämpfen, in denen es "persönlich" wird, strukturieren sich die Energien, die in den großen Kämpfen als sogenanntes politisches Handeln umgesetzt werden. In den vorpolitischen Gruppenprozessen, in denen der in der persönlichen Moral verinnerlichte Kapitalismus thematisch wird, enthüllt sich mehr über politische Gesinnungen als in propagierten Bekenntnissen.

Die formale Befriedung des Klassenkampfes der Industriearbeiter hat sich inzwischen als begrenzter Erfolg erwiesen. Seit dem Ende der Fünfziger Jahre gab es Massenstreikbewegungen oder -stimmungen in Belgien, England, Norditalien, Nordspanien, Westdeutschland und Frankreich. Das darin enthaltene Potential muß von den französischen Ereignissen aus neu interpretiert werden. Diese periodisch wiederkehrenden, ungeplanten und epidemischen Bewegungen waren teilweise, durch konjunkturelle Rezessionen und teilweise durch langfristige ökonomische Trends sowie politische Ereignisse vermittelt. Rezessionen lassen sich einfach voraussagen: sie

werden meist in der Mitte von Legislaturperioden staatsinterventionistisch ausgelöst. Über die anderen Bedingungen wissen wir zu wenig. (Auf die Dynamik des industriellen Konflikts komme ich später zurück.)

Mit dieser Topografie von Krisenorten, die nur vorläufig und skizzenhaft sein kann, will ich keine Voraussage darüber machen, welche Seite die Konflikte für sich entscheiden kann. Das ist eine praktische Frage. Auch die nun folgende Gliederung von Krisenabläufen skizziert nur Möglichkeiten.

2. Kampf- und Lernzyklen

Die Behauptung, daß der Kapitalismus (wie auch andere nichtsolidarische Systeme) in eine auf mehrere Jahrzehnte zu veranschlagende krisenhafte Periode eingetreten ist, bedarf verschiedener Qualifikationen. Einmal hat die säkulare Krise in den Industrieländern nicht die katastrophische Form, in der sie die Völker der Dritten Welt ergreift. Ob überhaupt in den Industrieländern eine unkontrollierte politisch-ökonomische Krise, ähnlich der Weltwirtschaftskrise, zu erwarten oder gar als Voraussetzung von Revolution zu wünschen ist, ist fraglich: jedenfalls kann diese Möglichkeit vorläufig ausgeschlossen werden. Die eschatologische Vorstellung von einer "Revolution", die als reinigender Feuerturm alles erneuern und den Menschen die Lösung aller Probleme schenken kann, kann besser als Projektion innerer Verzweiflung denn als Produkt von Gesellschaftsanalyse verstanden werden. Ich fasse diese Krisenperiode vielmehr als langwierigen, in zyklischen Schüben des Kämpfens und Lernens voranschreitenden Prozeß auf.

Die Realisierung des Mehrwerts im makroökonomischen Prozeß, die Realisierung der Autoritätshierarchie im Arbeitsprozeß und die Realisierung asketischer Kulturmuster in der Bedürfnissphäre waren immer schon die Hauptprobleme des Kapitalismus. Die Behauptung, daß eine neue säkulare Krise des Kapitalismus begonnen habe, ist nicht allein damit zu begründen, daß diese Probleme noch oder in wachsendem Maße bestimmend sind. Wesentlich ist die Frage, ob die Herrschenden noch Integrationsformeln haben, mit denen die Unruhe der betroffenen Menschen wirksam neutralisiert oder zurückgedämmt werden kann. Mangels einer umfassenden Analyse der gegenwärtigen Klassenkämpfe kann ich für das Nachlassen der Integrationskraft nur Indizien nennen. Die Störepfindlichkeit des Systems hat zugenommen, insofern Proteste oder Regelverletzungen, die zu Beginn der sechziger Jahre einfach übergangen werden konnten, heute unangemessene Überreaktionen bei den Herrschenden und weite Kettenreaktionen in der Bevölkerung auslösen. Zugleich

werden die politischen, ökonomischen und kulturellen Strukturprobleme trotz Einigkeit über ihre Existenz so aufgeschoben und herumgeschoben, daß sie sich auf immer mehr Bereiche ausdehnen. (Die Integrationskraft technokratischer Lösungen wird möglicherweise überschätzt.) Das einzige Instrumentarium, das weiterentwickelt wurde, ist das dümmste: das Instrumentarium der Gewalt. Ich definiere also die Krise als eine durch die herrschenden Klasseninteressen bedingte Lernunfähigkeit, die kurzfristig nicht zu beheben ist.

Wenn ein System sich in einer langfristigen Krisensituation befindet, so bedeutet dies noch nicht, daß es während der ganzen Zeit gleichmäßig störanfällig sein muß. Die Jahrzehnte krisenhafter Geschichtsperioden können als eine Reihe von Kampfrunden, unterbrochen von ruhigeren Jahren, begriffen werden. Dies läßt sich vor allem an der industriellen Revolution, in der die Arbeiterklasse sich selbst und ihre solidarische Gesellschaftsutopie kämpfend konstituierte, nachweisen. Die mittelfristigen Kampfzyklen waren zugleich Lernzyklen der beteiligten sozialen Klassen, wenn man will: Rückkoppelungszyklen zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis. Der typische Ablauf eines Zyklus kann folgendermaßen skizziert werden. In der Praxis des Konfliktes bringt jede Klasse eine "Theorie" ein, um sie zu "erproben". Die Theorie manifestiert sich z. B. in Erfolgserwartungen, Reaktionsmustern, Einschätzungen des Gegners und Zielkonzeptionen. Die Erfahrungen des Erfolgs und des Mißerfolgs, die am Ende eines Konfliktes überschaubar werden, bilden den Anreiz, die Unangemessenheiten der alten Theorie und Organisationsweise zu korrigieren. Diese Aufgabe fällt dann den schreibenden Intellektuellen einer jeden Klasse zu. Nun kommt es darauf an, welche Klasse lernfähiger ist: bis zu welchem Grade die Intellektuellen und die mehr praktischen Angehörigen einer jeden Klasse es sich leisten können, neue Einsichten und Organisationsweisen anzunehmen. Das so Erworbene wird zum Rüstzeug, das den Verlauf des nächsten Konflikts bestimmt.

In der bisherigen Geschichte des Kapitalismus haben sich diese Kampf- und Lernzyklen zu Serien von mehreren Jahrzehnten Dauer zusammengefügt, an deren Ende jeweils die kapitalistische Klasse gelernt hatte, für das Gesamtsystem eine neue Formel der Strukturorganisation zu finden, die Stabilität des Kapitalismus auf höherer Stufe wiederherzustellen. Aus der ersten langen Kampfperiode, den bürgerkriegsähnlichen Klassenkämpfen der industriellen Revolution, ging der Kapitalismus 1848 so gefestigt hervor, daß er in der etwa 1890 endenden zweiten Periode eine relativ stetige Wirtschaftsentwicklung und eine relative Integration der Arbeiterklasse institutionalisieren konnte. Die dritte Periode, gekennzeichnet durch die Krise imperialistischer Marktstabilisierung, durch große Kriege und durch Massenstreikströmungen, die in den kapitalistischen Randländern revolutionäre Kraft gewannen, war in sich selbst

wieder so instabil wie die erste, und sie endete, wie die erste, in einer neuen kapitalistischen Formel der staatlichen Marktstabilisierung (keynesianische Staatsintervention) und der Institutionalisierung des Klassenkonfliktes: Der Kapitalismus hatte die von der Weltwirtschaftskrise an ihn gerichtete Lernaufforderung begriffen. Heute, da mit der Erschöpfung dieser Integrationsmechanismen (nicht nur der inneren, sondern auch der außenpolitischen, vor allem gegenüber der Dritten Welt) die vierte lange Kampfperiode in ihr kritisches Stadium eingetreten ist, stellt sich die Frage, welche Klasse lernfähiger ist, d. h. fähiger zum Machtkampf, erneut.

Der Preis für solches Lernen ist freilich nicht allein der Schweiß des Nachdenkens. Der Kapitalismus mußte die in ihm angelegte Katastrophe in Gestalt von zwei imperialistischen Kriegen, die ihn die Hälfte seines eurasischen Einflußbereichs kosteten (die ermordeten Menschen konnte er eher verschmerzen), erst empirisch durchmachen. Nur einige wenige Nationen mit etwas entwickelterer demokratischer Kultur konnten sich den Umweg durch die Barbarei ersparen. Die staatsinterventionistische Integrationsformel wurde oft nicht fünf vor zwölf, sondern erst fünf nach zwölf gefunden. Und diese Formel hat auch nur eine Interimsperiode der relativen Stabilität in den vierziger und fünfziger Jahren gebracht. In dem Maße, wie die alten Widersprüche wieder aufbrechen, stellt sich für die Kapitalisten die Alternative zwischen einem wohlfahrtsstaatlichen und einem mehr oder minder offen faschistischen Kapitalismus erneut.

Wenn ich mit dieser Periodisierung an die ökonomische Theorie der langen Wachstumswellen, der sogenannten Kondratieff-Zyklen, anknüpfe, so nicht, um gleichsam von Menschen unabhängige Naturgesetze zu finden. Vielmehr sind die ökonomischen Zyklen zunächst Ausdruck eines Klassenverhaltens, das sich freilich in gewissen institutionellen Strukturen und Eigengesetzlichkeiten verfestigt und insofern vorausberechenbar ist. Diese Verfestigung stellt sich jedoch durch die von ihr selbst erzeugten manifesten Strukturkrisen immer wieder selbst in Frage. Strukturkrisen sind Lernaufforderungen. Wenn ein System z. B. dann nicht Strukturen ändert, sondern "Rädelsführer" verfolgt, dann ist damit zu rechnen, daß diese Krisen über längere Zeit mit vermehrter Vehemenz immer wieder offen ausbrechen, also eine säkulare Krisenperiode bilden.

Aber es ist denkbar und in gewissen technokratischen Reformmodellen auch angelegt, daß diese Periode nicht durch eine Agonie, sondern eine revidierte Integrationsformel des Kapitalismus beendet werden wird. Solange diese Formel nicht realisiert ist, kann sich eine als Alternative strukturierte Gegenmacht mit gesamtgesellschaftlichen Erfolgchancen entwickeln. Dieser Gegenmachtspolitik ist der folgende Abschnitt gewidmet.

III. Die Organisierung der Gegenmacht

Um Krisensituationen zu Veränderungen auszunutzen, muß die emanzipatorische Klasse auch in den Kämpfen, die sie in stabileren Zeiten führt, bestimmte Fähigkeiten erwerben. Solche Kämpfe können ihren Sinn nicht allein daher beziehen, daß das in ihnen erworbene Können erst in einer Revolution angewandt und belohnt werde. Die Zeitperspektive eines solchen asketischen Lernprozesses, der nur intellektuelle Gratifikationen kennt und den Genuß realer Erfolge in eine unvorstellbare Zukunft verschiebt, ist weder zumutbar noch überhaupt empirisch möglich.

1. Solidarisierung in nichtrevolutionären Situationen

Tageskämpfe entzündeten sich häufig an kleinen Mißständen und werden zunächst mit dem Ziele eines kleineren genießbaren Teilerfolgs geführt. Weitere Ziele werden erst nach und nach in dem Maße deutlich, in dem ein Kampf sich ausweitet. Wenn beispielsweise eine militante Abteilung eines Betriebes streiken will, muss sie zunächst ihre sie entzweierenden inneren Differenzen (Statusgruppen, Tarifunterschiede, Entscheidungshierarchien, Informationsmonopole usw.) reduzieren, um sich zu einer Handlungseinheit zu solidarisieren und das Prinzip des "Teile und herrsche!", das bedeutendste Repressionsinstrument, zu entschärfen. Die Notwendigkeit solcher Solidarisierung wird meist erst im Kampf und durch Erfahrungen des Mißerfolgs gelernt. Unter dem Druck einer sich zuspitzenden Kampfsituation kann dann die Notwendigkeit einsichtig werden, die Kommunikation mit den Angestellten des Betriebs, mit anderen Belegschaften des Unternehmens, der Branche, der Region usw. auszuweiten. Zugleich kann sich die Zielsetzung von Kampf- runde zu Kampf- runde ausweiten, z. B. vom Weihnachtsgeld zur Kritik des politisch-ökonomischen Systems voranschreiten. Dieses Muster der Solidarisierung und Radikalisierung unter dem Druck einer Kampfsituation war, in Ansätzen, beim Hanomag-Streik 1967 zu beobachten. Dieser Streik war offenbar auch Signal und Ermutigung für eine Serie weiterer wilder Streiks bzw. wachsender Streikstimmung im Umland. Dasselbe galt für die spontanen Streiks im Herbst 1969.

Ein solcher Prozeß der Eskalation bricht in der Regel an einer bestimmten Stelle ab und wird rückläufig. Der Punkt, an dem ein Kompromiß oder eine Niederlage hingenommen werden muß, bestimmt sich daraus, welche Seite ihre Kräfte besser zu organisieren gelernt hat. Dieser Punkt kann, nach entsprechendem Lernprozessen, in einer späteren Kampf- welle weiter vorangetrieben wer-

den. Die Kampffähigkeit der Arbeiter hängt u. a. ab von der Minimierung ihrer inneren Konkurrenz; von ihrem materiellen und moralischen Durchhaltevermögen; von dem "Störmultiplikator" (in hochorganisierten Systemen hat eine kleine Störung des ökonomischen Prozesses eine Vielzahl weiterer Störungen zur Folge); von der erlernten Fähigkeit zu selbsttätigem Kämpfen; vom Bürokratisierungsgrad der offiziellen Organisationsspitzen der Arbeiter; von der Qualität und Quantität der nicht von den Arbeitern entfremdeten Kader; von vorher errungenen Macht- bzw. Rechtspositionen. Diese Aufzählung ist, das muß betont werden, völlig unzureichend, wirft zahlreiche neue Probleme auf. (Zur Frage des "Durchhaltevermögens" wäre z. B. zu untersuchen, inwiefern Mißerfolge bis zu einem bestimmten Grade die Kampfmoral militanter machen, danach aber lähmen.) Die relative Machtposition der Herrschenden ist ähnlich komplex und nicht allein aus der Konjunkturlage oder der verfügbaren physischen Gewalt zu ersehen.

Die asketische Klassenkampf- Lerntheorie beurteilt Teilerfolge als Integrationsmittel, welche die emanzipatorische Klasse enger an das herrschende System binden und die Klassenwidersprüche verschleiern. Diese Auffassung impliziert einerseits die unmögliche Alternative, daß Teilerfolge verboten werden müßten. Sie verkennt andererseits, daß in einer repressiven Gesellschaft Teilerfolge keine permanente Befriedung des Klassenkampfes bringen, daß mit ihnen vielmehr die gesellschaftlichen Widersprüche sich auf neuer Stufe reproduzieren und daß somit die vorübergehende Integration durchbrochen werden kann und muß. Freilich spielt dabei die Qualität dieser Teilerfolge eine wesentliche Rolle: wenn sie keine Veränderungen von Entscheidungsstrukturen bringen, dann ist die bewirkte temporäre Integration schwieriger zu durchbrechen. Es ist genau zu unterscheiden zwischen Erfolgen, die Bedürfnisse des Konsums befriedigen, und Erfolgen, die Bedürfnisse der Selbsttätigkeit befriedigen. Die traditionelle Tarifikampf- form neutralisiert den revolutionären Charakter der Produktivkraft Arbeit, indem sie Entscheidungsstrukturen nicht zum Kampfgegenstand macht. Dies ist einerseits auf die Ideologie, daß der Arbeiter sich nur am "Ökonomischen" und nicht auch am Gehorchenmüssen ärgert, und andererseits auf die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft zurückzuführen. Danach ist die Änderung von Machtverhältnissen eine "politische" Frage, die der Partei mit ihren Mitbestimmungs- oder Sozialisierungsplänen zu überlassen ist. Die Gewerkschaften dürfen nur erkämpfen, was passiv konsumierbar ist: Lohn, Freizeit, Gesundheitsbedingungen am Arbeitsplatz, unternehmerische Sozialleistungen und dergleichen. Eine zu große Selbständigkeit von Belegschaften geriete zudem in Widerspruch zur Autoritätshierarchie der Gewerkschaftsorganisation selbst. Konsumerfolge sind notwendig, aber nicht hinreichend. Sie belassen die paternalistische Struktur und unterstützen den Verdrängungsprozeß, der

Arbeiter über Löhne klagen läßt, wenn sie Unfreiheit meinen. Nicht zufällig vergeht diese Verdrängung in angstfreien Situationen, etwa im Schutze der Solidarität eines Kampfes im Angriffsstadium, und die Machtfrage wird wichtiger als die Lohnfrage.

Eine expansivse Lohnpolitik ist als Hebel gegen das Mehrwertprinzip unschwer zu neutralisieren: durch Abwälzung der Kosten auf die Preise. Der Lohnerfolg des französischen Mai ist schon aufgezehrt. Selbsttätigkeit kann nicht willkürlich durch "informelle Gruppen" militanter Kader organisiert werden. Die Grundeinheiten einer innerbetrieblichen Gegenmacht können nicht Gruppen von Agitatoren sein, die über die verschiedenen Abteilungen des Betriebs verstreut sind und nur nach Feierabend eine kommunizierende Versammlung bilden können. Selbsttätigkeit ist langfristig nur möglich, wenn sie sich nach der arbeitsteiligen Kooperation im Betrieb (oder in anderen Institutionen) richtet. Die bedeutendste Chance der Arbeiter liegt darin, daß sie mit dem Mittel der Verweigerung ihre Integration in die gesellschaftliche Arbeitsteilung ausnützen, um ihre Integration in die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu durchbrechen. Dabei kommt es darauf an, daß sie aus dem Bündel der unternehmerischen Entscheidungsbefugnisse Kontrollrechte herausreissen, die sie alleinbestimmend (und nicht, gemeinsam mit den Unternehmern, mitbestimmend) wahrnehmen können. Ein Beispiel hierfür ist das Mannschaftssystem der Standard Motors Werke in Coventry, in dem die Belegschaften der einzelnen Abteilungen des Betriebs den Fertigungsprozeß autonom, d. h. ohne Aufsicht von Vorgesetzten des Managements, verwalten. Dieses System hat seine integrativen Aspekte, insofern die Belegschaft durch eine kollektive Leistungsprämie (die sie freilich nach eigener Entscheidung unter sich aufteilt) an der Produktivität des (privaten) Unternehmens interessiert ist. Andererseits hat die Belegschaft eine Operationsbasis gewonnen, von der aus sie nach weiteren Bereichen der Kontrolle greifen kann, z. B. der Investitions- und der Absatzpolitik des Unternehmens. Dies ist auch, in der Notsituation absatzbedingter Entlassungen, mit viel Sachverstand versucht worden. Allerdings ist es wahrscheinlich, daß die Methode, das Privateigentum mit Hilfe von Tarifkämpfen und Tarifverträgen aus bestimmten Kontrollpositionen zu verdrängen, schließlich auf einen so harten Widerstand stößt, daß die Eskalation stockt und nur noch mit politischen Massenstreiks zu-endegeführt werden kann.

Andererseits hängt der Ausgang von Massenstreiks auch davon ab, welche Fähigkeiten der Selbstverwaltung und des Kämpfens sich die arbeitenden Massen schon vor ihrem Ausbruch angeeignet haben. Unter anderem wäre folgendes anzueignen:

Organisation der Produktivkräfte. Durch das Stören von Kooperationsprozessen (Streiks) oder partielle Selbstverwaltung (Mann-

schaftssysteme) lernen Belegschaften, komplexe Produktionsprozesse selbsttätig zu verwalten. Dazu sind nicht nur empirische Kenntnisse notwendig, sondern auch Vorstellungen über unrealistische Möglichkeiten der Kontrolle. Es sind sowohl technisches know-how wie utopische Phantasie zu erwerben.

Organisation der Kampfmittel. Zugleich sind neue Kampfaktiken zu erlernen, um die Kräfte des Gegners zu erschöpfen. Wenn im Schoße des herrschenden Systems ein neues System als Gegenmacht entsteht, dann muß diese Gegenmacht sich dessen bewußt sein, daß sie auf den konventionellen Kampfplätzen und mit den konventionellen Kampf Waffen unterlegen ist und immer wieder zerstört werden kann. Auch hier sind know-how und Phantasie zu kombinieren, um je nach den Kräfteverhältnissen schnell und flexibel reagieren zu können. In ungünstigen Situationen kommt es z. B. darauf an, geschickt zurückzuweichen, die inneren Widersprüche beim Gegner zum Zwecke der Lähmung gegeneinander zu mobilisieren, an nicht verteidigten oder nicht verteidigbaren Fronten anzugreifen oder überhaupt dafür zu sorgen, daß die herrschenden Kräfte erfolglos ihre Energie selbst erschöpfen. Bei diesen mehr defensiven Taktiken wie auch bei offensiven Vorgehen ist es gleich wichtig, die Auseinandersetzungen nicht reaktiv, sondern initiativ zu führen.

Organisation der Bedürfnisse. Die Bedürfnisse nach Selbsttätigkeit und Genuß bei der Arbeit wie in der freien Zeit sind auf verschiedene Weisen gesellschaftlich präformiert oder wenigstens manipuliert, um sie als Motive revolutionärer Veränderungen zu neutralisieren. Dem Klassengegensatz entsprechen zwei gegensätzliche soziokulturelle Verhaltensmuster. Dem herrschenden Muster der Konkurrenz entsprechen Verhaltensweisen wie Kampf, Aufstieg, Hierarchie, Atomisierung, Leistung, Askese, Vereinseitigung, Autoritätsgebundenheit. Dem möglichen Muster der Solidarität entsprechen Verhaltensweisen wie gegenseitige Hilfe, Gleichheit, Zusammenarbeit, Kommunikation, Genuß, Muße, Selbsttätigkeit, Entfaltung, Ich-Stärke. Die Emanzipation der Bedürfnisse ist nicht nur im Betrieb notwendig, sondern auch in der Freizeit, im Konsum, in der Nachbarschaft, im Sexualverhalten, in den Moral- und Rechtsvorstellungen. Die Entstehung des "neuen Menschen" ist freilich ein langwieriger, die lange Dauer von Revolutionen mitbedingender Prozess. Der traditionelle Sozialismus hat die Organisationsfrage für den Bereich der Bedürfnisse fast durchgehend verdrängt.

Organisation der Klasse. Die Arbeiterklasse ist nicht als ein homogenes Gebilde vorstellbar, sondern als ein historischer Prozeß, in dem sich sehr verschiedenartige Gruppen von Abhängigen, aus eigenen Kämpfen lernend, koalieren, ohne dabei aber alle ihre Besonderheiten völlig einebnen zu können. Daher kann die Gegen-

macht sich nicht zentralistisch, sondern nur föderativ organisieren. Vorformen einer föderativen Rätestruktur könnten unter anderem sein: Kooperation von Arbeitern der Fertigung, der Verwaltung und der Produktionsplanung (z. B. Produktionsarbeitern, Angestellten, Ingenieuren); überbetriebliche Kooperation auf Unternehmens-, Branchen- oder Regionalebene bei Arbeitskämpfen. Die Herstellung eines autonomen Kommunikationssystems ist aber nicht nur ein Problem der verschiedenen funktionalen Gruppen und der Minoritätengruppen (Lehrlinge, Frauen, Ausländer), welche die zwischen ihnen bestehende Ungleichheit aufheben müssen. Es ist auch ein Problem der Avantgarden oder sogenannter Kader. Der Prozeß des Lernens von Selbsttätigkeit kann nicht alle Individuen einer Klasse gleichzeitig erfassen. Zuerst sind es wenige "Avantgarden", die sich emanzipieren. Wenn sie sich konspirativ oder bürokratisch definieren, verselbständigen sie sich autoritär gegenüber denen, deren Emanzipation sie dienen müßten.

Diese Darstellung ist besonders auf die Facharbeiter, Techniker und Verwaltungsangestellten der Großen Industrie zugeschnitten. Die Organisation von Gegenmacht in anderen Institutionen, besonders den staatlichen, und in der Bedürfnisphäre ist nicht weniger wichtig. Denn in allen Institutionen wirken die Widersprüche zwischen der hierarchischen Befehlspyramide und der Basis, auf der sie lastet. (So ist es ein Phänomen von großer Tragweite, wenn heute die staatlichen Repressionseinrichtungen sich nicht mehr auf den Gehorsam ihres "Personals" verlassen können.) Ich spreche daher nicht von Arbeiterklasse, sondern von emanzipatorischer Klasse.

2. Kader, Apparate und Avantgarden

Die bisherige Darstellung abstrahiert zudem von zwei wichtigen Phänomenen: vom Monopol der etablierten Gewerkschaften und Parteien auf die formelle Organisation und Vertretung der Abhängigen und von der Konkurrenz der Neuen Jugendbewegung mit diesen Bürokratien. In der Praxis kann nie ignoriert werden, daß die Masse der Machtlosen bei aller Resignation diese Bürokratien immer noch als ihre Anwälte und als ihre Versicherungsgesellschaften betrachtet. Der Aufbau noch so "linker" Konkurrenzorganisationen wäre sinnlos, da diese - wie z. B. die schwedische syndikalistische Gewerkschaft - dieselben materiellen und juristischen Versicherungsleistungen bieten müßten wie die dominierenden Organisationen, um Mitglieder zu gewinnen. Selbst wenn sie die Zerstörungsversuche der Monopolverbände überlebten, würden in ihnen die bürokratischen Strukturen der Konkurrenz wieder auftauchen. Die Organisation der Klasse könnte möglicherweise eher daran ansetzen, daß die Arbeiterverbände in derselben Krise der Hierarchie stehen wie die übrigen Institutionen: daß die Widersprüche in den Institutionen sind. Damit kann ich aber

nicht einen Lösungsvorschlag, sondern nur eine Problemstellung formulieren.

Das Problem wird besonders daran deutlich, daß die Arbeiter heute kaum eine breite eigene Intelligenzschicht mehr haben und keine Laienliteratur, die ihre Alltagssorgen mit ihrer Utopie vermitteln und ständig in der Diskussion sind. Die Kategorien der professionalisierten linken Intelligenz orientieren sich, mit Ausnahmen, eher an Bezugsgruppen in den Institutionen der Gewerkschaftsapparate, der Universitäten oder der linken Subkultur. Die aus der Mittelklasse stammende Linksintelligenz kann in der Regel die progressiven Elemente in der Arbeiterkultur nicht wahrnehmen, insofern sie Interaktionen nach klassenspezifisch anderen Sinnkriterien deutet.

Ein Beispiel dafür war der Streit um die rote Fahne und Revolutionsparolen während des hannoverschen Straßenbahnkonflikts im Juni 1969. Die Hanomag-Arbeiter waren über beides sehr erzürnt. Einige "Revolutionäre" deuteten dies als konterrevolutionär. Einige "Reformisten" von DKP und SPD deuteten es mit pädagogischer Arroganz als vorläufige Unreife des Bewußtseins. Erkundungen ergaben ein anderes Bild. Die Hanomag-Arbeiter haben ihre eigenen roten Fahnen auch in jüngster Zeit oft hervorgeholt. Aber sie konnten sich nicht entschließen, sie zu einem klassenunspezifischen "volks-gemeinschaftlichen" Protest gegen Preise mitzunehmen: "Das ist unsere Fahne. Aber man nimmt sie schließlich nicht überall hin mit. Zum Beispiel auch nicht aufs Klo." Darüber läßt sich streiten. Aber auf jeden Fall einigten sie sich mit den Studenten, daß diese ihre Fahnen einrollten. Als die Fahnen dann doch geschwenkt wurden, waren sie über das vergessene Versprechen ebenso sauer wie über die rechtsgerichteten Leute, die die Fahnen niederrissen. Auf einem späteren teach-in wollten Hanomag-Arbeiter eine Sammelspende von etwa 1 500 Mark übergeben. Ein Richtungsstreit über die wahre revolutionäre Linie machte den Eindruck, da stritten sich zwei Gruppen, welche von ihnen den Arbeitern welche Verhaltensbefehle geben sollte. So gaben sie das Geld lieber bei der IG Metall für einen aktionsbezogenen Hilfsfonds ab. Während die einen die Fahnen und Parolen als "politisierend" deuteten, deuteten die anderen sie als Mittel, einem Führungsanspruch Nachdruck zu verleihen. Und diese Ansicht ist auf dem letzten Stand der politischen Psychologie, die nicht nur auf Bekenntnisse, sondern auch auf den Gestus achtet.

Wenn aber die Intellektuellen der Mittelklasse diese Schranken doch überwinden (und das ist ihnen in Aktionen wie in Hannover wie auch in der sogenannten "Bildungsarbeit" vielfach gelungen), so werden sie zwar als ernsthafte Gesprächspartner, nicht aber als Angehörige der Arbeiter-Subkultur akzeptiert, weil sie eben nicht als Arbeiter leben. Klassenfremde Avantgarden können insofern nur dadurch

wirken, daß sie Beispiele oder Signale geben und dadurch Verhaltensänderungen auslösen. Direkte Partizipation an Verhaltensänderungen wäre dann nur einer Intelligenzschicht möglich, die integrierter Bestandteil der kulturellen Welt der Arbeiter ist. Die sehr schmale und oft durch Routinezwänge neutralisierte Intelligenzschicht unter den älteren Arbeitern wird vermutlich durch die jüngst entstandene Lehrlingsbewegung langfristig aufgefüllt werden, sobald es ihr gelingt, die von Mittelklasse-Intellektuellen empfangenen Vorstellungen in die Sprache ihrer eigenen Kultur zu übersetzen.

Die Neue Jugendbewegung hat keine formelle Organisationsstruktur. Das wird zu Unrecht als Mangel empfunden. Der SDS hat die Bewegung, indem er Beispiele und Signale gab, ausgelöst. Er hat sie nicht erzeugt. Er kann sie ebensowenig kontrollieren, organisieren oder auch nur koordinieren wie sich selbst. So hat die Bewegung eine Eigendynamik gewonnen, eine Führerlosigkeit, die Selbstsicherheit erzeugt. Die kleinen Gruppen, die sich in den Institutionen, vor allem der Erziehung, sich nichts mehr gefallen lassen, agieren autonom und oft ohne direkte Kommunikation mit anderen Gruppen. Es bedarf größerer Perspektiven, aber die kann ihnen eigene Erfahrung besser geben als ein Führer. Diese Struktur ist mitunter auch eine Reaktion auf Führer-Allüren mancher SDS-Vertreter und ihre fiktive Identifizierung mit der Gesamtbewegung.

Wenn Führer-Gefolgschafts-Abhängigkeiten das äußere Bild dieser Bewegung zur Zeit nicht beherrschen, so sind sie damit doch nicht aus der inneren Struktur der Gruppen und Individuen verschwunden. In diesen Gruppen kann gelernt werden, die unbewußten Kommunikationsinhalte, die bisher bestenfalls als zu unterdrückende Störfaktoren des offiziellen Gruppenthemas wahrgenommen wurden, zum Problem zu erheben. Denn die Befreiung der Gedanken, Empfindungen und Energien von ihrer lähmenden Bindung an Strebungen, abhängig zu sein oder (was dasselbe ist) abhängig zu machen, kann nur in den Gruppen beginnen. In den grösseren "Massen" haben die Einzelnen zu wenig Kommunikationsmöglichkeit, um sich verändern zu können. So laufen Massenaktionen in der Regel nach den einmal festgelegten Verhaltensmustern der Individuen ab; "Fehler" sind dann kaum noch korrigierbar. Massenaktionen sind insofern eher Anwendungen von Gelerntem als Lernprozesse. Selbstverständlich bringen sie neue Erfahrungen, aber diese können bis zum Ende der Aktionen nur teilweise zu Verhaltenskorrekturen verarbeitet werden. Die ungeheuer schwere Umwälzung autonomie- und solidaritätsfeindlicher Verhaltensweisen kann nur von Gruppen in ruhigeren Zeiten, die die Muße zur Selbstreflexion bieten, vorangebracht werden. Eine völlige Isolierung der Gruppen voneinander sei damit nicht propagiert. Denn ohne Anstöße und Anregungen von außen würden die Gruppen die Routine des Selbstbetrugs nur weiter verfestigen, ihre persönlichen Probleme als politische oder sachliche maskieren und jeden

Demaskierungsversuch als Psychologisierung abwehren, die von der "Sache" ablenkt.

Mir scheint, das überraschende Überlegen und Anwachsen der oppositionellen Gruppen hängt mit zwei Umständen zusammen. Zum einen sind sie schwer zu greifen, da sie ohne Führungsgruppen sind und z. B. eine Agonie oder Verfolgung des SDS sie nicht lähmen könnte. Überhaupt bekommt die Beobachtung der formell konstituierten Gruppen nur einen Bruchteil von ihnen und nicht einmal immer jene ins Visier, die die besten Organisatoren und Initiatoren sind. Zum anderen waren die Politiker bisher nicht intelligent genug, der Bewegung durch Institutionalisierung des Konflikts (nach dem Muster der Institutionalisierung des alten Klassenkonflikts) bestimmte Spielregeln aufzunötigen. Amnestien, das Zugeständnis gewisser Spielräume und die Legalisierung begrenzter Konflikte könnten viele Energien kanalisieren, jedenfalls für eine bestimmte Zeit.

3. Massenaktionen und politische Gewalt

Ich habe mich bisher auf die vopolitische Organisation beschränkt und das "letzte Gefecht" um die gesellschaftliche Macht ausgespart. Dafür gibt es in den hochentwickelten Ländern auch kein historisch spezifisches Beispiel, außer in einigen Zügen vielleicht das spanische. Zu untersuchen wäre, wie weit in den quasi politischen Phasen der Klassenkampfzyklen sich die Machtfrage stellt. Ich meine damit die Phase eines allgemeinen Konflikts, in der viele Menschen gleichzeitig an verschiedenen Orten auf spektakuläre und öffentliche Weise Ungehorsam zeigen. Folgende Fragen bedürfen der Klärung. In welchen Situationen sind Massen dazu bereit? Welche besonderen Ereignisse geben den letzten Anstoß zur Verwandlung des latenten Konflikts in einen manifesten? Durch welchen Mechanismus schließen sich immer mehr Gruppen an? Welche Kommunikation verbindet ihr Handeln? Wie verändern (radikalisieren) sich die Kampfmittel und -ziele? Wie können sie die herrschende Gewalt zum Aufgeben ihrer Herrschaftsfunktionen veranlassen? Wie können sie das dann entstandene Machtvakuum mit eigenen Institutionen ausfüllen? Warum müssen sie errungene Positionen wieder aufgeben oder wie organisiert das Establishment seinen Gegenangriff? Welche Lern- und Kampfprozesse sind nach einem Zurückgeben der Bewegung möglich?

Die Massenstreiks der letzten zehn Jahre haben gezeigt, daß solche Kampfwellen immer noch wie eine Epidemie ausbrechen und verlaufen. Die Gewerkschaften oder Linksgruppen haben die französischen Ereignisse nicht geplant. Die Theoretiker haben sie nicht vorausgesagt. Da Massenstreiks nicht nur in konjunkturellen Rezessionen beginnen, sind die Motivationen offenbar wesentlich durch säkulare Krisenphänomene vermittelt. Damit die Apathie erzeugende Angst

verschwindet, müssen offenbar Ereignisse eintreten, die die Herrschaftsinstitutionen als schwach erscheinen lassen. Das erreichen entweder Beispiele (wie z. B. Erfolge einer Belegschaft oder einer Studentenschaft) oder Fehlreaktionen (wie z. B. vorschnelles Zuschlagen oder Zurückweichen), in denen das Establishment verunsichert erscheint. Die Ausbreitung des Konflikts ist offenbar weniger durch direkten Kontakt der Aufbegehrenden als durch institutionelle Publikationsmedien (des Staates, der Gewerkschaften usw.) vermittelt. Die Solidarisierung vermindert die Angst so, daß die Abhängigen in fast allen Institutionen die Verweigerung wagen. Eine direkte Kommunikation kommt kaum zustande. Denn die Akteure haben sie nicht vorbereitet, und die offiziellen Arbeiterorganisationen vereiteln sie. Das Establishment verzichtet auf die militärische Verteidigung der Straßen, Kulturinstitutionen und Betriebe, einzige Alternative zu einem Blutbad. Die geräumten Plätze werden von den bisherigen Untertanen in Besitz genommen. Und zwar als Versammlungsorte, als Orte der Großen Selbstverständigung. Es beginnt, wie es William Benbow 1832 als erster konzipierte, der Generalstreik als Heiliger Monat der Umerziehung und der Diskussion der neuen Gesellschaftsverfassung, in die am Ende des Monats alle einziehen sollen. Doch die Selbstverständigung hat zu spät begonnen. Die neue Produktions-, Verteilungs-, Kultur- und Kommunikationsorganisation wird bestenfalls experimentell praktiziert. Die Hand greift nach der Macht, aber die Finger schließen sich nicht um sie. Die Regierung, deren Behörden und Truppen in ihren Gebäuden unbehelligt abgewartet hatten, bietet der Revolte Ersatzziele wie Lohn-erhöhungen, einen sozialeren Paternalismus und Neuwahlen. Die offiziellen Arbeiterorganisationen beginnen zu verhandeln. Mit Hilfe ihres Kommunikationsmonopols lassen sie die Epidemie auf dieselbe Weise zurückschrumpfen wie sie angewachsen war. Falschmeldungen über Belegschaften, die den Streik beendet hätten, leiten die Entsolidarisierung und die Rückkehr von Angst ein. Damit entstehen auch die Schuldgefühle der beim Ungehorsam Ertappten, die den Regierenden Wähler und den Gewerkschaften Massen zuvor unorganisierter Arbeiter zutreiben. Zugleich aber beginnt eine viele Monate andauernde Welle kleiner Kämpfe, die das Begonnene in kleinerem Maßstab, mehr als Gruppe denn als Masse fortsetzen.

Straßenmassen oder Versammlungsmassen sind keine Organe einer künftigen Gesellschaft. Ihre Funktion kann vielleicht als die negative des Infragestellens gekennzeichnet werden. Solche Massen können nicht sehr viel mehr leisten als ein Protokoll der vorangegangenen Lernprozesse geben. Nur organisierte Massen, die direkt miteinander kommunizierende Selbstverwaltungsorgane durch kleine Praxis zu realisieren gelernt haben, können Macht festhalten oder Erfolge stabilisieren. Da die Arbeiter auch bei Massenstreiks eher in traditionelle als in neue Organisationen einströmen, würde die Existenz inoffizieller kritischer Kerne innerhalb dieser Apparate

ihrer gegenseitigen Information wie der Umsetzung ihrer Impulse auf politischer Ebene vielleicht eher nützen als schaden. Zugleich könnte eine direkte Kommunikation zwischen den Betrieben entstehen.

Die Frage der organisierten Staatsgewalt ist völlig ungeklärt geblieben. Wäre in Frankreich eine Gegenregierung möglich gewesen, die die sozialen Erfolge politisch und außenpolitisch hätte absichern können? Hätte die bestehende Regierung nach dem Versagen ihrer Manipulationsmittel die militärische Entscheidung auf der Straße gesucht? Sicher ist jedenfalls, daß die Stärke von Massenstreikbewegungen nicht die der physischen Gewalt ist. Ihre Stärke ist eben die Verweigerung, und ihre Chance ist, daß die Verweigerung auf die Kräfte der Staatsgewalt übergreifen könnte.

Ungelöst ist auch das Problem ausländischer Interventionen, die das international verflochtene Kapital gegen ausbrechende Nationen ergreifen kann. Eine Methode ist die internationale finanzpolitische Erpressung, die die Regierung Wilson an den wenigen Strukturveränderungen hinderte, die diese selbst einmal wollte. Eine militärische Intervention, wie sie in Griechenland stattfand und in Italien drohte, ist historisch ebenfalls noch möglich. - Demgegenüber haben seit Jahrzehnten die Massenstreiks an den nationalen Grenzen haltgemacht. Internationale Solidarisierung gab es jüngst nur bei Studenten. Eine Solidarisierung der europäischen Arbeiterschaft gegen die Politik der Unternehmen, der Regierungen und der EWG wäre nur möglich, wenn die bestehenden sporadischen Kontakte zwischen den mittleren Arbeiter- und Gewerkschafts-"Kadern" zu einem System direkter Kommunikation ausgebaut würden.

Es ist damit zu rechnen, daß die Massenstreiksituationen in den europäischen Ländern periodisch wiederkehren. Bevor die emanzipatorische Klasse solche Situationen zu wirklichen Strukturänderungen ausnützen kann, muß sie vermutlich wiederholt durch sie hindurchgegangen sein und Köpfe besitzen, die ihr bei der Erklärung ihrer Erfahrungen und der Aneignung neuer Verhaltensweisen dienen können.

4. Bemerkungen zur westdeutschen Situation

Mitte der sechziger Jahre führten die Integrationsmittel der bürgerlichen Volkspartei-Politik zu einer manifesten Überstrapazierung der Staatskasse: der "Kalte Krieg" bedeutete hohe Rüstungslasten und Devisenzahlungen für ausländische Garnisonen; die Konjunkturstimulierung bedeutete Verzicht auf manche Steuereinnahmen von Unternehmen und Mittelständlern; hinzu kamen besondere Wahlgeschenke, unvermeidliche Kriegsfolgelasten und eine grundsätzlich planlose Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die Bundesbank löste

eine Rezession aus, in der die bürgerliche Koalition zusammenbrach. 1966, in der ersten Phase der Rezession, kam es zu keinen bedeutenden Arbeitskämpfen. Die Unternehmer nutzten die Gelegenheit, um Kapazitäten stillzulegen, Rationalisierungen durchzuführen und kleinere Konkurrenzunternehmen auszuschalten. Entlassungen, Kurzarbeit und Verminderungen der Ausländerkontingente führten zu allgemeiner Arbeitsplatzunsicherheit und zu Angst vor Arbeitslosigkeit. Die Ergebnisse der gerade fälligen gewerkschaftlichen Tarifkampfrunde lagen unter den von der SPD/CDU-Koalition dann verkündeten Orientierungssätzen. Das lag vermutlich weniger an einer Konspiration zwischen Gewerkschaftsspitzen und Politikern als an der durch Versäumnisse früherer Gewerkschaftspraxis mitbedingten schwachen Kampfposition der Belegschaften. 1967, in der zweiten Phase der Rezession, bauten die Unternehmer die betrieblichen Sozialleistungen, die nicht vertraglich abgesichert waren, ab. Hier erhob sich, nach einigen Monaten der Unentschlossenheit und der allmählichen Ausbreitung von Abwehrparolen, ein spontaner Widerstand einiger Belegschaften, unter anderem bei den Automobilarbeitern, die durch ihre militante Tradition als eine Art Avantgarde definiert sind. Die Angst um den Arbeitsplatz war weitgehend zurückgedrängt. Das Kampfziel war durchgehend defensiv: die Wiederherstellung des sozialpolitischen status quo, des sozialen Besitzstandes. Aber die Kampfstimmung enthielt wachsende antikapitalistische und antiobrigkeitliche Akzente, die sich freilich noch nicht in praktische Forderungen umsetzten. Und sie griff auf eine größere Anzahl anderer Belegschaften über, die teilweise dem Beispiel des wilden Streiks folgten, in ihrer Mehrheit aber nur eine erregte Stimmung ohnmächtiger Wut entwickelten: man müsse eigentlich auch streiken, schon wegen der miserablen Tarifkompromisse, und man müsse eigentlich vielmehr darüber wissen, wie die Autoarbeiter das organisiert haben.

Die Strukturkrise der Kulturinstitutionen und irrationale Repressionsmaßnahmen der Behörden gestatteten der studentischen Linken, im selben Sommer 1967 ihre Isolation innerhalb der Universitäten zu überwinden, ja auf die übrige Gesellschaft auszustrahlen. Aktionen, die vorher mühelos integriert wurden, erlangten nun bedeutendes Störvermögen. In der Rezession war das Vertrauen in die politisch-soziale Stabilität bei vielen Menschen erschüttert worden. Die Unfähigkeit der bürgerlichen und dann der Großen Koalition, die Strukturnotstände (1967) entschlossen zu beheben, signalisierte eine größere Autoritäts- und Legitimationskrise der herrschenden Institutionen im Bewußtsein der Bevölkerung. Die studentische Opposition konnte auf den Sprung von der Kleinarbeit zur öffentlich beachteten Bewegung hoffen.

Die Protestaktionen der Studenten und der Arbeiter verliefen jedoch - außer in der Notstandsfrage - getrennt. Bei der spontanen Streik-

bewegung von 1967 waren die Studenten höchstens erstaunte Zuschauer. Auch die spontane, sich an Konjunktur-Profiten entzündende Streikbewegung des Herbstes 1969 kam für sie überraschend. Aber das Fehlen einer angemessenen Interpretation dieser Kämpfe und einer direkten Kommunikation mit den Industriearbeitern ist der Studentenbewegung nun sehr schnell bewußt und zum Anlaß neuer Lernprozesse geworden. Die von konjunkturellen Rezessionen unabhängigen massenhaften direkten Aktionen der Konsumenten und der Produzenten dokumentieren einen bedeutenden Lernprozess in der übrigen Bevölkerung, der nicht zuletzt durch das Beispiel der Neuen Jugendbewegung ausgelöst (wenn auch keineswegs direkt von ihr erzeugt) worden ist. Eine unbeabsichtigte Folge der innenpolitischen Klimaveränderung war außerdem der Wahlsieg der progressiven kapitalistischen Parteien über die reaktionären. Auch auf der Seite der Herrschenden sind Lernprozesse eingang gekommen. Dies bedeutet unter anderem, daß die in der jetzigen überhitzten Konjunktur angelegte nächste Rezession wesentlich milder verlaufen könnte als die letzte. Da aber gleichzeitig auch in der Bevölkerung die Empfindsamkeit für soziale Übervorteilung zugenommen hat, bedeutet eine gemilderte Rezession nicht auch eine gemilderte Empörung ihrer Opfer. Was bis dahin zu lernen ist, ist hauptsächlich eine direkte Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen der emanzipierten Klasse. Das heißt nicht zuletzt: die Überwindung des von Arbeitern abgelehnten Führerdenkens im akademischen Teil der Neuen Jugendbewegung.

Schließlich dürfte die aufeinander wie auf die Dritte Welt bezogene Konkurrenz zwischen der nordamerikanischen, der west- und der osteuropäischen Industrie die Arbeiter und Techniker wie auch die Empfänger der sozialstaatlich unverteilter Leistungen, nicht nur in den Kulturinstitutionen, zu den Trägern der durch technologische Umstellungen und Arbeitsrationalisierungen entstehenden Lasten machen. Welche Kämpfe dies nach sich zieht, ist schwer zu beurteilen. Die von Habermas vorausgesagten moralischen Rückwirkungen in einer in den achtziger Jahren zu erwartenden Hungerkatastrophe in der Dritten Welt dürften als Ersatz einer Krisentheorie nicht ausreichen. Auch die Spekulation auf einen unvermittelt plötzlichen Sturz der kapitalistischen Wirtschaftssysteme in eine katastrophische Agonie der Unterbeschäftigung macht den Eindruck einer Verlegenheitsperspektive, welche - wie die Habermas' - auf eine phantasielose Interpretation der Arbeitswertlehre zurückgeht. So wie die eine These die Lern- und Integrationsfähigkeit des Kapitalismus überschätzt, so unterschätzt sie die andere. Die These einer säkularen Stagnationstendenz, die beide Seiten für sich ausnützen können, kommt den realen Möglichkeiten, die eingreifendes Denken und Handeln ergreifen kann, näher.

Reprint aus:

Heidelberger Blätter, Zeitschrift für
Probleme der Arbeit und der Gesellschaft,
Heft 14/16, November 1969-April 1970

(1969)

SOAK

Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten

bringt vierteljährlich auf ca. 40 Seiten Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie der Jungsozialisten sowie Analysen zur Geschichte und zur gegenwärtigen Politik der Sozialdemokratie.

Einzelpreis DM 1,50

Bezugspreis, jährlich, DM 6.- + DM 2.- Versandkosten

Jung- sozialisten

informiert über Ereignisse und Entwicklungen in der Jungsozialistenbewegung. "Jungsozialisten" versteht sich als ein Sprachrohr und Diskussionsorgan der undogmatischen und nicht-reformistischen Linken innerhalb der Juso-AG.

Einzelpreis DM 0,50, erscheint monatlich.

Bezugspreis, jährlich, DM 6.- + DM 2.- Versandkosten

Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellungen bei
SOAK - Druck und Verlagskooperative GmbH, 305 Wunstorf, Postfach 231.

Materialien zur sozialistischen
Theorie und Praxis. -SOAK-

Schulungsmaterialien des Juso-Bezirks Hannover (im Ringordner, enthält die Papiere o-8, E)	7,--
0 Thesen zur Strategie der Juso (Bezirk Hannover)	-,30
1 Herrschaftsstruktur & Eigentumsverhältnisse in der BRD	-,50
2 Macht der Konzerne (Teil I)	-,50
3 Sozialstaatsillusion	-,50
4 Kritik des Reformismus	-,50
5 Zur Krisentheorie (Zur Aktualität der Marx'schen Krisentheorie)	-,80
6 Macht der Konzerne (Teil II)	-,60
7 <u>K.Korsch</u> , Einführung in den Marxismus	-,60
8 <u>Huffschmid</u> u.a. Arbeiterklasse in der BRD	-,80
E Juso-Strategiekongress Hannover 1971	-,30
<u>E.Mandel</u> , Strategie der Übergangsforderungen	1,--
<u>A.Gorz</u> , Reform und Revolution	1,80
<u>R.Luxemburg</u> , Sozialreform oder Revolution	1,80
<u>A.Gorz</u> , Über die Bedeutung einer revolutionären Strategie in den kapitalistischen Metropolen	-,90
<u>Vester</u> , Solidarisierung als historische Möglichkeit	1,20
Massenmobilisierung und Organisation	-,30
<u>Korte/Nolle</u> , Grenzen der SPD-Politik	-,30
<u>E.Fromm</u> , Autorität und Familie	2,--
<u>H.Ritter</u> , Sexualität und Emanzipation	-,60
SDS Papier, Angst und Feindseligkeit in der politischen Gruppe	-,90
Wachstum - im Wohlstand ersticken ? (ab 1.8.73 lieferbar)	-,60
<u>Wernstedt</u> u.a. Einführung in die Marx'sche Theorie	2,70
<u>SOAK</u> - Kritik des SPD-Langzeitprogramms	1,50
<u>SOAK</u> - Zur Kritik der Theorie des "Stamokap"	1,50
"Interne Konsequenzen ziehen", Dokumentation zur po- litischen Disziplinierung der DGB-Sekretäre Udo Berg- mann und Hartwig Heine im Landesbezirk Niedersachsen	2,50

Achtung ! Bei Bestellung von mehr als 10 Exemplaren eines Titels geben wir 10 % Rabatt. Nichtrabattierte Bestellungen ab 20,--DM werden portofrei geliefert. Lieferung nur gegen Voraus-Rechnung. Bei Vorauszahlung mit der Bestellung sind dem Paperpreis die Versandkosten zuzurechnen.